



Zwischenstand



© Windmüller

Mit dem Ende der Legislaturperiode von Grün-Rot und mit dem Beginn der Legislaturperiode Grün-Schwarz bis heute gab und gibt es für die Polizei einiges an Veränderungen.

Evaluation der Polizeireform:

Mit dem Regierungswechsel wurde die Polizeireform vom 1. Januar 2014 überprüft. Das Ergebnis, das sogenannte 13er-Modell, soll zum 1. Januar 2020 umgesetzt werden. Das Kabinett ist dabei nicht in vollem Umfang der Empfehlung des Lenkungsausschusses zur Evaluation gefolgt. Festgelegt wurden eigentlich nur der Zugschnitt und die Standorte. Aktuell befasst sich ein Umsetzungsprojekt mit den Planungen und strittig ist, ob und, wenn ja, welche weiteren Vorschläge aus den Empfehlungen umgesetzt werden. Ginge es nach einigen Abgeordneten, würde man alle anderen Vorschläge umsetzen. Ginge es

nach einigen Führungskräften, würde man sich still und heimlich von vielen Vorschlägen verabschieden. Noch vor den Sommerferien wurde der Konstanzer Polizeipräsident Falk als Gesamtprojektleiter eingesetzt. Er hat in der ehemaligen PD Biberach seinen Planungsstab eingerichtet. Im Innenministerium wird ein Lenkungsausschuss unter Vorsitz des Staatssekretärs eingesetzt. Auch die Personalräte sollen mit in die Umsetzungspläne einbezogen werden – in welchem Umfang ist aktuell noch unklar. Klar ist, dass es ein Interessenbekundungsverfahren geben wird. Aber im Detail wird auch dies erst geplant werden. Viele Fragen sind offen und bedürfen einer Planung und Festlegung. Etwa ob das PP Konstanz bestehen bleibt und die weiteren Bereiche einfach hinzukommen. Behalten Dienstabweisungen/-vereinbarungen ihre Gültigkeit und vieles andere mehr. Ob später politisch nochmals ein 14er-Modell auf den Tisch gebracht wird, ist offen. Die grundsätzliche Tendenz dazu ist politisch vorhanden.

■ Einstellungszahlen

Beschlossen und in den Haushaltsplan 2018/2019 eingebracht wurden jeweils 1 800 Einstellungen für die Jahre 2018 und 2019. Eine Fortführung dieser Größenordnung wird auch für die Jahre 2020 und 2021 diskutiert. Die Einstellungszahlen decken dabei nicht nur die hohen Pensionierungszahlen innerhalb der Polizei, sondern setzen die in der Koalition beschlossene Personalerhöhung um 1 500 um.

Stellenpool für Lebensarbeitszeitverlängerungen:

Dieser Pool wurde geschaffen, um sofortige Nachzugsbeför-

derungen bei verlängerten Amtsinhabern zu ermöglichen und beinhaltete bis vor Kurzem noch 150 Stellen im mittleren und gehobenen Dienst landesweit. Mit dem neuen Haushalt soll der Pool um 72 Stellen aufgestockt werden. Ein guter Schritt, aber in Anbetracht der realen Zahlen in den Verlängerungen zu wenig, um einen vollen Ausgleich zu schaffen.

Absenkung der Eingangs-

besoldung: Die von der grün-roten Regierung beschlossene Absenkung der Eingangsbesoldung von vier Prozent und acht Prozent wird von Grün-Schwarz ab dem 1. Januar 2018 vollkommen zurückgenommen. Damit soll einer besseren Konkurrenzsituation gegenüber der freien Wirtschaft bei der Werbung um Neueinstellungen Rechnung getragen werden.

Strukturelle Verbesserungen:

Das Eingangsamt A7 für Polizeivollzugsbeamte soll bis zum Ende der Legislaturperiode durch Stellenhebungen A8 angehoben werden. Bei der Verwaltung wird in diesem Jahr bereits das Eingangsamt A6 Geschichte sein. Der Stellenanteil im gehobenen Dienst, aktuell bei knapp 60 Prozent, soll bis 2020 auf circa 65 Prozent angehoben werden. Das bringt auch Aufstiegsmöglichkeiten in den gehobenen Dienst mit sich.

Verbesserungen Nichtvollzug:

Im Haushaltsjahr 2018/2019 beginnt der Einstieg für die Ermittlungsassistenten bei den Regionalpräsidien, überwiegend dürfte jedoch eine Verbesserung in den Spezialpräsidien, insbesondere beim Präsidium Technik, Logistik und Service erfolgen. Mit einem wichtigen Schritt hat man für die Tarifbeschäftigten schon ab dem aktuellen Haushalt im Tarifbereich die dreijährige

Wiederbesetzungssperre aufgehoben.

Dienstpostenbewertung: Die seit Jahren in Arbeit befindliche Dienstpostenbewertung soll im Laufe des nächsten Jahres umgesetzt werden. Heißt, dass die Einführung noch vor der Umsetzung der Evaluation zur Polizeireform stattfinden könnte! Ich halte dies für schwierig, weil fast gleichzeitig ein IBV im Rahmen der Evaluation zur Polizeireform vorbereitet und durchgeführt werden wird und die Besetzung von bewerteten Dienstposten mit einer sozialverträglichen Umsetzung recht wenig zu tun hat!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ihr seht, dass sich in der letzten Zeit sehr viel getan hat. Zahlreiche Forderungen der DPoLG wurden umgesetzt! Noch nie war der Fokus in der Öffentlichkeit so sehr auf die Polizei gerichtet wie heute! Sicherheitsfragen wie Gefahren vor terroristischen Anschlägen, unkontrollierte Einreise von Flüchtlingen, Wohnungseinbrüche, Auftreten von falschen Polizeibeamten und vieles mehr werden auch in Zukunft den Fokus der Bevölkerung auf die Polizei richten. Damit müssen wir, die Polizei, mehr denn je Verantwortung übernehmen, um den Schutz der Bevölkerung gewährleisten zu können. Und immer wo es Schwachstellen innerhalb der Polizei gibt, deren Verantwortung die Politik zu tragen hat, werden wir den Finger in die Wunde legen und nicht aufhören, die politischen Verantwortlichen damit zu konfrontieren, sei es persönlich direkt in Gesprächen mit den Entscheidungsträgern oder öffentlich in den Medien!

Euer Oliver Auras

Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger
(V. i. S. d. P.)
Schwabenstraße 4
76646 Bruchsal
Telefon 07251.3924990
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de
Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon 07 11/99 79 474-0
Telefax 07 11/99 79 474-20
Internet: www.dpolg-bw.de
E-Mail: info@dpolg-bw.de
ISSN 0723-1830



Landesjugendausschuss der JUNGEN POLIZEI tagte in Karlsruhe

Die Sitzung des Landesjugendausschusses führte die JUNGE POLIZEI am 26. September 2017 erneut nach Karlsruhe. Dort konnten die Vertreter/-innen der DPoIG-Nachwuchsorganisation bei der BBBank tagen und so unter optimalen Voraussetzungen aktuelle Tagesthemen besprechen und interne Planungen vornehmen.

Am Nachmittag informierte der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer den Landesjugendausschuss über aktuelle berufs- und gewerkschaftspolitische Themen und Entwicklungen. Dabei nutzte er die Gelegenheit, um sich bei den jungen Mandatsträgern für deren Engagement und Unterstützung zu bedanken.



Das Team des Landesjugendausschusses der JUNGEN POLIZEI BW

DPoIG schreibt an Städtetag – Neuregelung des Zuschusses zur Krankenkostenversicherung der Beamten des Einsatzdienstes der Feuerwehr

Mit einem Schreiben an den Städtetag Baden-Württemberg hat sich der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer in die Diskussion um einen Zuschuss zur Krankenkostenversicherung der Berufsfeuerwehren eingemischt.

Beiträgen an einer Krankenkostenversicherung gemäß § 79 Abs. 4 LBG vom kommunalen Normgeber, das heißt dem Gemeinderat, anhand sachlicher Kriterien differenziert, oder in Form eines einheitlichen Pauschalbetrags mittels Satzung festzusetzen ist.

volle Erstattung von stationären Reha-Maßnahmen, Zuschuss im Bereich der Zahnbehandlungen und so weiter), erscheint ein 100-Prozent-Zuschuss auch als eine für die Kommunen rechnerisch und haushälterisch umsetzbare Lösung.“ Als Berechnungsgrundlage schlägt die DPoIG den Basisarbeitslohn der privaten Krankenkassenversicherung vor. Die Festsetzung der Zuschlagshöhe kann anhand des tatsächlichen Versicherungsaufwands erfolgen. Die privaten Krankenkassenversicherer stellen ihren Versicherten jeweils zum Jahresende eine entsprechende Bescheinigung über die geleisteten Zahlungen aus. Darüber hinaus hält der DPoIG-Landesvorsitzende einen Auf-

schlag in Höhe von circa zehn Prozent als Ausgleich zu den höheren Leistungen der Freien Heilfürsorge gegenüber den geringeren Leistungen des Basisarbeitslohn für sachgerecht. Letztlich ist diese Umsetzung für die Kommunen immer noch wesentlich kostengünstiger als die Gewährung der Freien Heilfürsorge.

Gemäß der gesetzlichen Regelung in § 79 Abs. 4 LBG kann Beamtinnen und Beamten des Einsatzdienstes der Feuerwehr anstatt der grundsätzlich vorgesehenen Freien Heilfürsorge, Beihilfe sowie ein Zuschuss zum Krankenkassenbeitrag gewährt werden. Dies handhaben fast alle Städte mit Berufsfeuerwehren so. Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) hat 2012 einem Mitglied der Berufsfeuerwehr Pforzheim diesbezüglich gewerkschaftlichen Rechtsschutz gewährt. In einem Musterverfahren hat der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg mit Urteil vom 17. November 2016, Az.: 4 S 1942/14, entschieden, dass die Höhe des Zuschusses zu den

Mit dem Schreiben hat Kusterer die Vorstellungen aus unseren Ortsverbänden der Feuerwehren und nach rechtlicher Prüfung und Vorarbeit durch die Justitiarin und Geschäftsführerin, Sarah Leinert übermittelt.

„Wir sind der Auffassung, dass – wie vom Verwaltungsgerichtshof als rechtlich unbedenklich festgestellt – ein Zuschuss in voller Höhe (100 Prozent) des Krankenkassenbeitrags möglich ist. Betrachtet man die enormen finanziellen, personellen und sachlichen Aufwendungen zur alternativen Gewährung der Freien Heilfürsorge und den dort zu gewährenden Leistungen (Beispiel:

Anfang September konnte Ralf Kusterer das Thema erstmalig in einem persönlichen Gespräch mit der stellvertretenden Hauptgeschäftsführerin des Städtetags Baden-Württemberg, Frau Dr. Stefanie Hinz, ansprechen.



DPoIG-Rechtsschutz: Blick nach Bayern und Suche nach Optimierungsmöglichkeiten

Die DPoIG Bayern und die DPoIG Baden-Württemberg gehören mit gemeinsam fast 40 000 Mitgliedern zu den stärksten Landesverbänden. Beide eint dabei das Bemühen um einen optimalen Rechtsschutz für die Mitglieder mit einem rasanten Anstieg der Rechtsschutzanträge. Mit starker Tendenz auf die 1000er-Grenze sind die Belastungen nahezu gleich. In der Abwicklung unterscheiden sich jedoch die Rahmenbedingungen wesentlich. Dabei sind die Ausgaben für die Gewährung des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes wiederum vergleichbar und weichen kaum ab. Trotzdem lohnt es sich, ei-

nen Blick auf die unterschiedlichen Verfahrensweisen und Abläufe zu nehmen, um gemeinsam Verbesserungsmöglichkeiten zu erkennen und den Rechtsschutz weiter zu optimieren.

Die Justiziarin und Geschäftsführerin Sarah Leinert, verantwortlich für unsere Rechtsschutzabteilung, hat sich dazu in München auf der Landesgeschäftsstelle über deren Rechtsschutz informiert. Im gemeinsamen Austausch mit Magdalena Grimmeisen von der Rechtsschutzabteilung der DPoIG Bayern hat sie die Aufmerksamkeit auf Details gerichtet.



> DPoIG-Juristen unter sich – Matthias Godulla, Landesgeschäftsführer der DPoIG Bayern, Sarah Leinert, Justiziarin und Geschäftsführerin, und Magdalena Grimmeisen, Rechtsschutzabteilung DPoIG Bayern (von links nach rechts)

Personalräteempfang durch Landtagspräsidentin Mutherem Aras



> DPoIG-Teilnehmer/-innen mit der Landtagspräsidentin Mutherem Aras und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Minister für Inneres, Thomas Strobl

„Die Menschen im Land sind zufrieden mit der öffentlichen Verwaltung. Gerade im internationalen Vergleich stehen wir hervorragend da“, betont Landtagspräsidentin Mutherem Aras beim Empfang für BBW-Perso-

nalräte am Donnerstagabend, 12. Oktober 2017, im Haus des Landtags. Den Personalrat des Landtags erlebe sie als sachorientierten Interessensvertreter, dessen besondere Stärke der Ausgleich sei.

Zahlreiche Personalräte der DPoIG haben an dem Empfang teilgenommen und die Gelegenheit zum Austausch mit politischen Mandatsträgern gesucht. Die obersten Personalrats-

gremien waren durch den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Örtlichen Personalratsvorsitzenden, Oliver Auras, und dessen Stellvertreter Rolf Fauser vertreten.

Treffen der beiden HPR-Vorsitzenden aus Bayern und Baden-Württemberg

Zu einem intensiven Erfahrungs- und Meinungsaustausch trafen sich im September in München der Vorsitzende des Hauptpersonalrats der Polizei beim Bayerischen Staatsministerium des Innern, Rainer Nachtigall, und der baden-württembergische Vorsitzende des Hauptpersonalrats der Polizei beim Innenministerium BW, Ralf Kusterer.

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen aktuelle Entwicklungen in den beiden Bundesländern, deren Hauptpersonalräte seit Jahren von Mandatsträgern der DPoIG mit den entsprechenden Mehrheiten geführt werden.

Aus baden-württembergischer Sicht war insbesondere die Entwicklung bei den Arbeitszeitmodellen von Bedeutung. Das bayerische IM hatte den Beginn der Pilotierung neuer Arbeitszeitmodelle für den 1. Januar 2016 angeordnet. Die Erprobung neuer Arbeits-

zeitmodelle sollte zwischen 1. Januar 2016 und 30. Juni 2016 beginnen und jeweils längstens zwölf Monate dauern. 67 Dienststellen und Organisationseinheiten hatten sich an der Pilotierung beteiligt, davon haben 14 Dienststellen die Pilotierung aus verschiedensten Gründen abgebrochen. Einige votierten für die Fortführung des erprobten Modells, andere für die Rückkehr zum vorherigen Schichtmodell. Die Dienststellen mit geringer Schichtstärke hatten die meisten Probleme bei der Pilotierung der neuen Arbeitszeitvor-



> Ralf Kusterer und Rainer Nachtigall (von links)

gaben. Wie im Ländle geht es in den nächsten Monaten unter anderem bei der Festlegung verschiedener Arbeitszeitregelungen um die Frage des Doppelschlags. Die bayrischen Lösungen könnten durchaus auch für uns von Interesse sein, zu-

mal man auch bei uns immer über Veränderungen diskutiert. Dabei haben die Bayern sich einen guten Zeitpunkt ausgesucht – nächstes Jahr sind Landtagswahlen. – Da sind wir gespannt, was unsere Nachbarn regeln. ■

BBBank Exklusiver Abend für den öffentlichen Dienst in Karlsruhe

Seit vielen Jahren lädt die BBBank ihre Mitglieder und Interessenten zu den Exklusiven Abenden – dem Treffpunkt für den öffentlichen Dienst – ein.

Am 10. Oktober 2017 fand in der Karlsruher Palazzo Halle ein solcher Abend unter dem Motto „Der öffentliche Dienst in Deutschland – der Arbeitgeber mit Zukunft“ statt. Nach

einem Grußwort und einer Einführung durch Michael Lutz, dem Direktor Öffentlicher Dienst BBBank, referierte Prof. Dr. Wolfgang Müller, Vorstandsvorsitzender BBBank,

zum dem Thema. Im Anschluss daran zog der Gastredner des Abends, Wolfgang Bosbach, Mitglied des Deutschen Bundestages a. D., die Gäste in seinen Bann. ■



> Oliver Lüsich, Vorstandsmitglied der BBBank, Ralf Kusterer, Landesvorsitzender, Sarah Leinert, Justiziarin und Geschäftsführerin, MdB Wolfgang Bosbach, Norbert Schwarzer, DPoIG-Landesvorstandsmitglied, Ingo Tecquert, Bezirksvorsitzender Bereitschaftspolizei (von links nach rechts)

DPoIG-Landesvorsitzendenkonferenz tagte in Potsdam – gute Gespräche im Lichte des Tages der Deutschen Einheit

Es war unser Ehrenvorsitzender Dieter Berberich, der diese Konferenz ins Leben rief. Eine Konferenz aller Landesvorsitzenden, die dem direkten Austausch diente und sich intensiv mit den aktuellen Entwicklungen in den einzelnen Länderpolizeien befassen sollte – allerdings ohne ein formelles Gremium auf Bundes- oder Landesebene zu sein.

Die zweitägige Konferenz der Landesvorsitzenden führte in diesem Jahr nach Potsdam. Unter der Leitung des Gastgebers Peter Naumann (DPoIG-Landesvorsitzender Brandenburg) haben sich die

Teilnehmer den aktuellen gewerkschafts- und berufs-politischen Fragen zugewandt. Dabei stand das Personal und die Ausstattung im Mittelpunkt der Diskussionen. Fast alle Polizeien leiden unter den gleichen Nöten. In vielen Ländern sind vermehrte Einstellungen geplant. Die Belastungen sind fast überall unerträglich. Eine fehlende optimale und ausreichend vorhandene Ausstattung ist in fast allen polizeilichen Bereichen festzustellen.

In einem mehrstündigen Gespräch erläuterte der brandenburgische Polizeipräsident (dort gibt es nur ein einziges



> Ralf Kusterer bedankt sich beim Landesvorsitzenden aus Brandenburg, Peter Naumann, für die hervorragende Organisation und sehr gastfreundliche Aufnahme in Potsdam.

Präsidium), die aus seiner Sicht zentralen polizeilichen Her-

ausforderungen und Lösungsansätze in Brandenburg. ■

DPoIG-Bezirksseniorenbeauftragter Kurpfalz, Herbert Adam – 1. Tagesseminar für Senioren und „Pensionärs-Anwärter“

Das Tagesseminar zu dem Thema „Wichtiges im dritten Lebensabschnitt“, das am 13. September 2017 in Mannheim im Bürgerhaus Neckarstadt – West stattfand, war ein voller Erfolg. 21 ehemalige Kolleginnen und Kollegen, die alsbald in den Ruhestand gehen, sind der Einladung des Bezirksverbandes DPoIG-Senioren Kurpfalz (KV/OV Sinsheim, Heidelberg und Mannheim) gefolgt.

Herbert Adam, der Bezirksseniorenbeauftragte, führte die Teilnehmer durch das Programm. Nach einer kurzen Einleitung wurden Themen wie Beihilfe, Vorsorgevollmacht,

Betreuungsverfügung und Notfallordner sowie die Patientenverfügung, spezielle Vollmachten zum Beispiel für die Beihilfe, Pflegeversicherung und so weiter besprochen. Bianca Flick (Vermögensberaterin) ergänzte durch informative Vorträge die Palette der interessanten Themen über Referate zur Pflegezusatzversicherung und Bankgeschäfte im Alter. Der extra aus Südbaden angereiste Vorsitzende der DPoIG-Senioren, Berndt Wittmeier, unterstützte gerne die Referenten durch ergänzen der Anmerkungen.

Die Fragen zu den Themen zeugten für das rege Interesse

an der Veranstaltung. Da urlaubsbedingt nicht alle, die Interesse an der Veranstaltung bekundet haben, teilnehmen konnten, wird für das Frühjahr 2018 nochmals das Grundlagenseminar angeboten. Für den Herbst 2018 ist für die Teilnehmer des ersten Seminars ein Folgeseminar eingeplant, bei dem das Thema „Versorgung“ im Mittelpunkt stehen wird. Die Teilnehmer des ersten Tagesseminars werden ab sofort per Mail über die Neuigkeiten zu den Themen in unregelmäßigen Abständen informiert und erhalten auch entsprechende Seminarunterlagen. ■



> Herbert Adam

Polizeiverein Hamburg verteilt Spenden zu G20



> Für die Polizeistiftung Baden-Württemberg dabei: Ralf Kusterer in seiner Funktion als Vorsitzender des Hauptpersonalrates der Polizei BW (Erster von rechts)



> Klemens Burzlaff, Werner Jantoch und Ralf Kusterer (von links)

Der Polizeiverein Hamburg will Beamten, die beim G20-Gipfel im Juli 2017 verletzt wurden, mit 110 000 Euro unter die Arme greifen. Der Großteil des Geldes wurde von Bürgern gespendet. Werner Jantoch, ehemaliger Polizeipräsident und Vorsitzender des Vereins, ist von der Solidarität der Bürger aus dem ganzen Land überwältigt: Ohne einen Spendenaufruf kamen 92 000 Euro auf dem Konto des Vereins zusammen. Der Polizeiverein stockte den Betrag daraufhin um 18 000 Euro

auf. „Für viele ist es ein Ventil, ihre Solidarität zu zeigen“, so Jantoch.

Der Polizeiverein hat nun die Spendengelder an die Polizeistiftungen der Länder verteilt. Insgesamt wurden 721 G20-Polizisten verletzt, darunter 73 aus Baden-Württemberg. Die Anzahl der Verletzten wird nur bei der Verteilung berücksichtigt. Nach derzeitigem Stand kann man von mehr als 7 000 Euro ausgehen, die an die Polizeistiftung Baden-Württemberg überwiesen werden. ■

Info-Stand bei Freiburger Dienstversammlung

Im Rahmen eines Marktplatzes der Begegnungen anlässlich der Dienstversammlung im Polizeipräsidium Freiburg konnten sich Kolleginnen und Kollegen auch bei ihrer DPoIG an einem Info-Stand informieren und zahlreiche Give-aways mitnehmen. Landesvorsitzender Ralf Kusterer, der am Vormittag bei der Personalversammlung eine Rede hielt, nutzte die Gelegenheit, um sich bei den Aktiven am Stand zu bedanken. ■



> Martin Schuler, Ralf Kusterer, Claudia Schuler und Peter Faller (von links nach rechts)

Bezirkstagung Offenburg in Bühl-Vimbuch

Am 22. September 2017 fand im Engel in Bühl-Vimbuch die Bezirkstagung des Bezirksverbandes Offenburg statt. Bezirksvorsitzender Eberhard Wetzel konnte sichtlich erfreut die Delegierten aus dem Bezirksverband begrüßen und schon kurz darauf feststellen, wie engagiert seine Kolleginnen und Kollegen aus den Kreisverbänden Offenburg und Baden-Baden/Rastatt/Bühl sind.

In seinem Rückblick auf das Geschäftsjahr 2016/2017 durfte er durchaus ein positives Resümee ziehen. Er dankte seinem Stellvertreter Andreas Bix, der in seiner längeren Krankheitsphase die Geschäfte geführt hatte und in deren Zeit unter anderem das G20-Finanzministertreffen mit einem hohen Betreuungsaufwand fiel. Die Zufriedenheit und die positiven Stimmen aus der Belegschaft und den eingesetzten Kräften sind dabei das beste Lob, mit dem man bei einer solchen Aufgabe hinterfragen darf, ob diese auch optimal für unsere Kollegen/-innen umgesetzt wurde.

Mit großem Elan, zahlreichen Impulsen und stets auch im Bemühen, die gewerkschaftspolitischen und organisatorischen Ziele optimal umzusetzen, ist der Bezirksverband und an seiner Spitze mit Eberhard Wetzel auf einem guten Weg.

Die Akzeptanz und das Standing der DPoIG Offenburg darf man sicher auch daran erkennen, dass Polizeipräsident Reinhard Renter sich die Zeit nahm, um bei den Teilnehmern/-innen vorzuzuschauen und damit auch etwas das Ohr an die gewerkschaftspolitische Basis zu legen.

Neben zahlreichen internen Themen hatte Eberhard Wetzel auch den DPoIG-Landesvorsitzenden Ralf Kusterer eingeladen. Der spulte nicht nur berufspolitische Entwicklungen ab, sondern war bemüht, die Kolleginnen und Kollegen mit auf den Weg zu nehmen. Insbesondere Hintergründe und Zusammenhänge der politischen Ziele wurden von ihm erläutert. Für einen Vortrag zum DPoIG-Rechtsschutz hatte Eberhard Wetzel die Justiziarin und Ge-



> Der Bezirksvorstand Offenburg mit seinen Referenten.

schäftsführerin der DPoIG Baden-Württemberg, Sarah Leinert eingeladen. Mit ihrem interessanten Vortrag konnte sie nicht nur über aktuelle Entwicklungen berichten, sondern auch den gewerkschaftlichen Rechtsschutz erklären.

Am Nachmittag stand der Bezirksverband Offenburg und damit die dortigen Herausforderungen auf der Tagesordnung. Positive Mitgliederent-

wicklungen und ein großer Zuspruch der Mitglieder machen zuversichtlich, dass das Bemühen der ehrenamtlich Aktiven auch wahrgenommen wird. Der Bezirksverband gewährleistet eine optimale Betreuung. Aber er ist auch ein politischer Bezirksverband, der sich einmischt, politische Kontakte pflegt und diese nutzt. So stellt man sich eine gute Arbeit in einem Bezirksverband vor. ■

Julian Pels (JUNGE POLIZEI) im Gespräch mit Dominik Apel (Junge Union)

Zu einem interessanten Informationsaustausch trafen sich der stellvertretende Landesvorsitzende der JUNGEN POLIZEI, Julian Pels, und das Mitglied im Landesvorstand der Jungen Union, Dominik Apel.

Neben der aktuellen sicherheitspolitischen Lage wurde insbesondere der bundesweite Personalmangel innerhalb der Sicherheitsbehörden angesprochen. Apel, welcher zudem Mitglied in der Bundeskommis-

sion für Innenpolitik ist, betonte, dass es eines der priorisierten Ziele der CDU ist, die Bundesbehörden durch 15 000 zusätzliche Stellen zu stärken. Auch ein neues Konzept zur Zusammenarbeit der Behörden sei bereits geplant.

verwies hierzu auf die aktuellen Pläne der CDU, welche nach der anstehenden Bundestagswahl verwirklicht werden sollen und welche sich in großen Teilen mit den Forderungen der DPoIG decken.

Doch nicht nur personelle, auch materielle und rechtliche Unterstützung vonseiten der Innenpolitik wurden durch Julian Pels angesprochen. Apel

Für die Zukunft wurde eine weitere enge Zusammenarbeit zwischen der Jungen Union und der JUNGEN POLIZEI vereinbart und weitere Gespräche bereits terminiert. ■

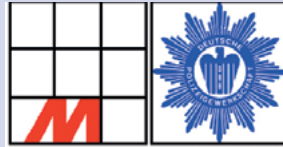


> Julian Pels und Dominik Apel (von links)



Einladung zur Jahreshauptversammlung der DPoIG Mannheim

am 16. November 2017, 14 Uhr
im PSV-Schützenhaus, Mannheim
Im Pfeifferswörth 17



Anträge zur Versammlung und Teilnehmerzusagen erbitten
wir bis spätestens 2. November 2017 unter der E-Mail-Adresse
mannheim.pp.dpolg.ma@polizei.bwl.de

Der Landesvorsitzende Ralf Kusterer hat sein Kommen zugesagt.

*Günter Troschka,
Kreisgeschäftsführer*

Wir sind für Sie erreichbar:

Liebe DPoIG-Mitglieder,

bitte teilen Sie alle persönlichen Veränderungen zu Ihrer Mitgliedschaft, wie zum Beispiel:

- > Adressänderung
- > Änderung Bankverbindung
- > Beförderung
- > Zuruhesetzung/Eintritt in die Rente
- > Elternzeit (Ruhe der Mitgliedschaft ohne Beitragszahlung)
- > Partnermitgliedschaft (beide sind Mitglied der DPoIG und leben zusammen)
- > et cetera

der DPoIG-Landesgeschäftsstelle mit.

Ferner weisen wir ausdrücklich darauf hin, dass vor Inanspruchnahme eines Rechtsanwaltes ein entsprechender Antrag auf Rechtsschutz gestellt werden muss. Diesen Antrag auf Rechtsschutz geben Sie bei Ihrem Kreisverband vor Ort ab. Der Antrag kann im Internet unter www.dpolg-bw.de heruntergeladen werden.

Wir bitten auch darum, dass Sie uns Post für die DPoIG BW nicht über die Dienstpost senden, sondern direkt an die DPoIG-Geschäftsstelle. Die Briefe kommen sonst zeitverzögert oder gar nicht bei uns an.

Deutsche Polizeigewerkschaft Landesverband Baden-Württemberg

Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Mail: info@dpolg-bw.de
Telefon: 0711/99 79 474-0
Telefax: 0711/99 79 474-20



Neue Öffnungszeiten der DPoIG-Landesgeschäftsstelle

Montag bis Donnerstag:

8 Uhr bis 12 Uhr
12.30 Uhr bis 16 Uhr

Freitag:

8 Uhr bis 13 Uhr



Wir trauern um

Franz Mollik,
Göppingen

Florian Göppl,
Böblingen/Leonberg

Jürgen Braun, Pforzheim

Heinrich Reuter,
Bruchsal LFS